



Projektland: DR Kongo

Quartal/Jahr: Januar bis März 2010

Schlagzeilen:

- Die Unruhen in der Provinz Equateur haben weiter zugenommen. Noch immer ist unklar, wer konkret die Rebellen der Volksgruppe der Enyele führt bzw. wer hinter der Rebellion steht. Anfang April fiel gar kurzfristig die Provinzhauptstadt Mbandaka in die Hände der Rebellen!
- Erwartungsgemäß hat Präsident Kabila die Regierung umgebildet. Hierbei kam es zu keinen größeren Überraschungen.
- Im Ost-Kongo hat die Regierung die Armeeoffensive „Kimia II“ gegen die ruandischen Hutu-Rebellen der FDLR für erfolgreich beendet erklärt. Es wurde nun mit der Armeeoperation „Amani Leo“ begonnen. Für die Zivilgesellschaft in der Region hat diese Namensänderung freilich keine Bedeutung und es kommt unverändert zu Übergriffen und Beutezügen von Soldaten und Rebellen.
- Die ugandischen Rebellen der LRA treten in der Provinz Orientale im Nord-Osten des Landes wieder verstärkt auf. In dem Dorf Tapili wurden über 300 Menschen mit Äxten und Macheten durch die LRA bei ihren Raubzügen erschlagen.
- Die UN-Mission in der DR Kongo soll nach Willen der Regierung bis Mitte nächsten Jahres vollständig das Land verlassen. Bereits ab Juni 2010 wird es zu einer kontinuierlichen Truppenreduzierung kommen.
- Die Sicherheitslage in der Stadt Kinshasa verschlechtert sich. Im Stadtgebiet kommt es seit Jahresanfang vermehrt zu Übergriffen durch die Jugendgangs der „Kuluna“. Vor den Toren der Stadt hat die Regierung 11.000 bewaffnete Soldaten und Polizisten installiert. Diese stellen eine potentielle Gefahrenquelle dar. Mit steigender Unruhe wird der 30.06.2010 (50 Jahre Unabhängigkeit) erwartet.
- Die Zweifel an der tatsächlichen Durchführung der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Jahr 2011 werden lauter.

1. Die Rebellion in der Provinz Equateur

Bereits seit Oktober 2009 kam es in der Provinz Equateur, im Nord-Westen der DR Kongo zu Unruhen. Bewaffnete Jugendliche besetzten die Stadt Dongo am Ubangi Fluss, direkt an der Grenze zur Republik Kongo (Brazzaville). Die Regierung erklärte damals zunächst, es würde sich um einen Streit über Fischereirechte zwischen den Ethnien der Enyele und dem Nachbarvolk der Bomboma handeln. Im November nahmen jedoch die bewaffneten Aufstände der Enyele gegen die Regierung weiter zu und sowohl die kongolesische Armee, als auch die MONUC, die im Verlauf der Auseinandersetzungen auch einen Hubschrauber verlor, schickten Soldaten nach Equateur. Ende Dezember erklärte dann die Regierung den militärischen Sieg über die Rebellen der Enyele. Nichtsdestotrotz nahmen aber in der ganzen Provinz Equateur die Auseinandersetzungen im Berichtszeitraum weiter zu und die Regierung verlor kurzzeitig auch die Kontrolle über die Städte Bomongo und Makanza.

Anfang April nahmen die Rebellen gar die Provinzhauptstadt Mbandaka für mehrere Stunden ein, ehe sie sich wohl aufgrund der Intervention der MONUC wieder zurückgezogen haben.

Die Stadt Mbandaka liegt etwa 800 km nördlich von Kinshasa. Hätten die Rebellen die Stadt dauerhaft einnehmen können, so stünde ihnen der Wasserweg nach Kinshasa direkt offen. Es handelt sich daher, anders als in den Städten des Kivus, auch um eine direkte Bedrohung für die Regierung und die Stadt Kinshasa. Aufgrund dieser strategischen Bedeutung der Stadt wurde diese selbst während des Kongokrieges zwischen 1998 – 2003 besonders geschützt und ist damals nicht in die Hände der Rebellen gefallen. Beunruhigend ist ebenfalls, dass die kongolesische Regierung erstmals seit 2004 (Besetzung Bukavus durch Nkunda) wieder die Kontrolle über eine Provinzhauptstadt verloren hat

Bemerkenswert ist, dass die Rebellen mit Uniformen, Artillerie und Satellitentelefonen am Hafen von Mbandaka landeten und sehr schnell den Flughafen, den Sitz des Provinzgouverneurs und das Provinzparlament einnahmen. Auch kam es bei der Einnahme der Stadt zu keinen Plünderungen und es wurde erstaunlich wenig geschossen. Die Regierung erklärte zwar anschließend, es würde sich bei den Rebellen um Fischbauern der Enyele handeln, allerdings lässt die Vorgehensweise der Rebellen darauf schließen, dass diese sehr gut organisiert und ausgebildet sind. Gerade dies ist keine Selbstverständlichkeit in der Region. Es gilt daher als sicher, dass die Enyele von ehemaligen „Bemba-Soldaten“ unterstützt und geführt werden. Die Provinzregierung des Equateurs, die aus Mitgliedern der MLC, der politischen Partei Bembas, bestand, wurde im letzten Jahr unter Korruptionsvorwürfen abgesetzt. Seitdem liebäugeln viele Bemba-Anhänger mit einer Rückkehr zum bewaffneten Kampf.

Bei den Gefechten kamen auch 3 UN-Mitarbeiter ums Leben und ein philippinischer Arzt starb aufgrund eines Herzinfarktes. Insgesamt befinden sich in der Provinz Equateur etwa 200.000 Menschen auf der Flucht. Die UN bezeichnete die humanitäre Lage in der Provinz als dramatisch: etwa 45% der Bevölkerung seien chronisch unterernährt, nur etwa 25% hätten Zugang zu sauberem Wasser, die meisten Schulen und Krankenstationen seien geschlossen, Kinderprostitution und Drogenhandel nähmen zu und Kindersoldaten seien involviert. Insgesamt sei die Lage dramatischer als im Osten des Landes.

2. Die Regierungsumbildung

Staatspräsident Joseph Kabila hat die Regierung erwartungsgemäß umgebildet. Hiermit wurde bereits seit Juli 2009 gerechnet. Wie schon bei den vorangegangenen drei Regierungsumbildungen in der laufenden Legislaturperiode gab es keine größeren Überraschungen. Insgesamt wurde die Regierungsmannschaft von bisher 54 Mitglieder auf nunmehr 44 Mitglieder, bestehend aus einem Premier Minister, drei Vize-Premier Minister, 33 Minister und 7 Vize-Minister, reduziert. Dies stellt bereits die zweite Reduzierung der Anzahl der Minister dar, nachdem die ursprüngliche Regierung Gizenga am 05.02.2007 mit 61 Mitgliedern gestartet war. Das ist sicherlich auch eine Reaktion Kabilas auf die andauernde Kritik des Westens, der Staatsapparat sei zu aufgebläht und die DR Kongo habe zu viele Minister.

Inhaltlich bleibt es bei einer Fortsetzung der bestehenden AMP-PALU-UDEMO - Koalition. Dies bedeutet auch, dass Premier Minister Adolphe Muzito (PALU) und Vize-Premier Minister François-Joseph Nzanga Mobutu (UDEMO) im Amt bleiben. Die beiden bisherigen weiteren Vize-Premier Minister Emile Bongeli und Mutombo Bakfwa Nsenda sind nicht mehr im Kabinett vertreten. Auch Finanzminister Matenda und Budgetminister Lokoka sind nicht in der neuen Regierung. Dies ist sicherlich eine Reaktion auf die katastrophale finanzielle Lage der DR Kongo, die aufgrund der Finanzkrise ohne fremde Hilfen wohl schon längst bankrott wäre.

Die Minister für Äußeres und für Internationale Zusammenarbeit bleiben unverändert Alexis Thambwe Mwamba bzw. Raymond Tshibanda N'Tungamulongo. Das Planungsministerium und das Umweltministerium, werden weiterhin von Olivier Kamitatu Etsu bzw. José Endundo Bononge geleitet. Dezentralisierungsminister ist weiterhin Antipas Mbusa Nyamwisi. Als ein neuer Vize-Premier Minister wurde Adolphe Lumanu Mulenda Bwana N'sefu eingesetzt. Dieser war zuvor Kabinettschef von Präsident Kabila. Der ehemalige Infrastrukturminister Pierre Lumbi wurde von Präsident Kabila zu seinem "Sicherheitsberater" ernannt. Herr Lumbi genießt hohes Vertrauen von Kabila, nachdem dieser die „chinesischen Verträge“ ausgehandelt hat. Er war bereits Anfang der 90er Jahre als Außenminister Zaires tätig.

Auch die CNDP, die politische Partei der Rebellen um Nkunda im Kivu, sind in der neuen Regierung nicht vertreten. Dies entspricht zwar der Fortsetzung der ursprünglichen AMP-PALU-UDEMO Koalitionsvereinbarung, könnte aber langfristig die Situation im Osten verschlechtern. Angeblich wurden der "Partei" bei den Friedensverhandlungen im Januar 2009 mehrere Ministerposten versprochen. In der neuen Provinzregierung in Nord-Kivu wurde dies auch umgesetzt. Die CNDP hat bereits erklärt, die Regierung würde die Friedensvereinbarung verletzen. Weitere Konsequenzen hieraus hat die CNDP bisher allerdings nicht gezogen. Dies könnte aber die Situation im Osten destabilisieren.

Insgesamt ist die Regierungsumbildung ohne nennenswerte Überraschungen als Zeichen Kabilas zu werten, die Koalition in der bestehenden Form unverändert fortsetzen zu wollen. Es scheint, er möchte schon jetzt seine Wiederwahl bei den Präsidentschaftswahlen 2011, sofern sie den stattfinden, vorbereiten. Sämtliche Minister in der neuen Regierung gelten als loyal zum Präsidenten. Konkurrenten für Präsident Kabila für die Präsidentschaftswahlen 2011 aus der jetzigen Regierung zeichnen sich nicht ab.

3. Die Lage im Osten – die Auseinandersetzungen mit FDLR und LRA

Die Lage im gesamten Osten der DR Kongo, in den Provinzen Maniema, Süd-Kivu, Nord-Kivu und Orientale bleibt instabil und vor allem für die Zivilgesellschaft katastrophal.

In den beiden Kivu-Provinzen und in der Provinz Maniema hat die Regierung zum Jahresende die Armeeeoffensive „Kimia II“ gegen die ruandischen Hutu-Rebellen der FDLR für erfolgreich beendet erklärt. Insgesamt seien von den einst 6.000 FDLR-Kämpfern 1472 getötet und 2.029 gefangengenommen oder nach Ruanda abgeschoben worden. Direkt anschließend wurde in allen drei Provinzen die Militäroperation „Amani Leo“ ausgerufen. Diese richtet sich erneut gegen die ruandischen Hutu-Rebellen der FDLR und wird von der kongolesischen Armee, mit logistischer Unterstützung der MONUC, ausgeführt. Im Gegensatz zu „Kimia II“ soll bei dieser Offensive der Schutz der Zivilbevölkerung im Vordergrund stehen. Zur Strategie gehören beispielsweise, monatliche Treffen zwischen der Bevölkerung und der militärischen Führung der kongolesischen Armee, ein telefonisches Warnungssystem im Bedrohungsfall und die Identifizierung undisziplinierter Soldaten. Auch sollen die lokalen, traditionellen Chefs bei der Planung und Organisation von Aktionen gehört werden. Nichtsdestotrotz ändert sich an der Situation für die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten sehr wenig. Es kommt nach wie vor zu den bekannten Gräueltaten an den Dorfbewohnern: Mord, Totschlag, Plünderungen, Verstümmelung, Vergewaltigungen gehören leider immer noch zur Tagesordnung in der Region. Trotz allem sieht die MONUC eine allgemeine Verbesserung der Lage, da die FDLR dauerhaft erheblich geschwächt sei.

Im Nordosten der DR Kongo, in der Provinz Orientale, kommt es seit Jahresbeginn wieder zu vermehrten Übergriffen auf die Zivilbevölkerung durch die ugandische Rebellengruppe der LRA. Noch im letzten Jahr, nach einer gemeinsamen Aktion der kongolesischen und der ugandischen Armee, galt die LRA in der DR Kongo als geschwächt und zersplittert. Die Übergriffe haben allerdings nie aufgehört. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights

Watch (HRW) berichtete im März, von einem Überfall der LRA auf das Dorf Tapili. Hierbei sollen 321 Dorfbewohner gezielt mit Äxten und Macheten erschlagen worden sein. Die Kinder des Dorfes wurden von der LRA mitgenommen: die Jungen sollen als Kindersoldaten verwendet werden, die Mädchen als Sexsklavinnen. Diese Art der Überfälle mit Entführungen hat in den letzten Monaten massiv zugenommen, ist aber leider auch die „traditionelle“ Vorgehensweise der LRA. Dies ist sicherlich auch ein Indiz dafür, dass die LRA dabei ist, ihre Position in der DR Kongo zu stabilisieren und deswegen neue „(Kinder-) Soldaten“ benötigt. Die MONUC ist in der Provinz nur mit sehr wenigen Soldaten vertreten und kann gegen die LRA mit ihrer Guerillataktik wenig ausrichten. Die ugandische Regierung hat mittlerweile erklärt, sie sei sofort bereit, mit ihrer Armee wieder in die DR Kongo einzuziehen, um die LRA zu zerschlagen, sofern die kongolesische Regierung sie darum bitte.

Unverändert ist auch die Situation im Grenzgebiet zu Uganda, Provinz Orientale, Distrikt Ituri. Hier kommt es nach wie vor zu Auseinandersetzungen mit den Rebellengruppen der FPI / FPJC.

4. Der Abzug der UN-Mission MONUC

Vor dem Hintergrund dieser Probleme der Regierung mit den verschiedenen Rebellengruppen in den verschiedenen Provinzen, erscheint es erstaunlich, über einen Rückzug der UN-Mission MONUC aus der DR Kongo nachzudenken. Genau das ist jedoch passiert. Anfang März forderte die kongolesische Regierung die UN auf, einen Abzugsplan der MONUC zu entwerfen und bis Mitte 2011 alle Truppen aus der DR Kongo abzuziehen. MONUC-Chef Alan Doss hat mittlerweile einen entsprechenden Abzugsplan erarbeitet und hat diesen am 13.04.2010 dem UN-Sicherheitsrat vorgeschlagen. Eine Entscheidung des Sicherheitsrats steht noch aus. In dem vorgeschlagenen Abzugsplan ist vorgesehen, dass die MONUC zunächst in den „friedlichen“ westlichen Provinzen seine Truppen auflöst. Dementsprechend würde sich ihre Truppenstärke bereits im Juli 2010 um 2.000 Mann reduzieren.

International wurde die Forderung der kongolesischen Regierung mit Kopfschütteln aufgefasst und auch die MONUC äußerte sich sehr kritisch. Ein geordneter Abzug der größten UN-Mission der Welt mit einer Truppenstärke von etwa 20.000 Mann würde, nach Schätzung einzelner UN-Experten, etwa 5-6 Jahre dauern. Die kongolesische Regierung begründete ihre Forderung damit, dass die Sicherheit im Land wieder hergestellt und somit die MONUC nicht mehr notwendig sei. Aufgrund der Auseinandersetzungen in den letzten Wochen und Monaten in den Kivu-Provinzen, in Orientale und in Equateur sind hieran durchaus Zweifel berechtigt.

5. Die Sicherheitslage in Kinshasa

Die Sicherheitslage in Kinshasa hat sich in den letzten Monaten verschlechtert und eine wachsende Anspannung ist in der Bevölkerung spürbar.

Die Jugendbanden der „Kuluna“ treten in einzelnen Kommunen vermehrt aggressiv auf und die Anzahl der Todesopfer hat sich erhöht. Die „Kuluna“ sind Banden von Jugendlichen, die eigentlich aus besserem Hause kommen und zumeist gar noch bei ihren Eltern wohnen. Nach erfolgreicher Schulausbildung und teilweise Universitätsabschluss sitzen diese nun im wahrsten Sinne des Wortes auf der „Strasse“ und finden aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Misere der DR Kongo keinen Arbeitsplatz. Mangels anderweitiger Beschäftigung schließen sie sich in ihren Vierteln mit anderen „Heranwachsenden“ zusammen und treten als „Halbstarkengang“ auf. Das Phänomen der „Kuluna“ existiert schon seit mehreren Jahren. In der Vergangenheit bekriegten sich die unterschiedlichen Banden vor allem untereinander. Mittlerweile gehören aber auch mehr und mehr Unbeteiligte zu den Opfern. Auffällig ist das sehr aggressive Vorgehen der „Kuluna“: so sind diese häufig

mit Macheten oder gar Gewehren und Pistolen bewaffnet und setzen diese auch gezielt ein. Augenscheinlich ist aber auch, dass in den ärmsten Vierteln Kinshasas die „Kuluna“ nicht auftreten.

Insgesamt ist in der Stadt eine wachsende Anspannung der Bevölkerung spürbar. Dies liegt vor allem mit dem Heranrücken des 30.06.2010, dem 50jährigen Unabhängigkeitstag, der traditionell ein „heikles“ Datum für die DR Kongo ist, zusammen. Für diesen Tag sind auch große Militär- und Polizeiparaden unter Anwesenheit hochrangiger, internationaler Gäste vorgesehen. Ob die Feierlichkeiten jedoch friedlich bleiben werden, wird von Kennern der Stadt bezweifelt. Auch ist eine große Militärpräsenz in der Stadt stets beunruhigend. Zu frisch sind noch die Erinnerungen an die Plünderungen durch das Militär von 1991 und 1993. Auch heute wird das Militär nur sehr schlecht, wenn überhaupt, bezahlt.

Vor den Toren Kinshasas, in Maluku, hat die kongolesische Regierung etwa 11.000 bewaffnete Mann (6.000 Soldaten und 5.000 Polizisten) zusammen gezogen. Diese campieren dort unter schwierigen humanitären Bedingungen. Die sanitären Ausstattungen sind nicht für 11.000 Mann ausreichend. Die Soldaten und Polizisten haben sich selber um ihre Verpflegung zu kümmern. Die Auszahlung des Soldes wurde für das Ende der „Mission“ versprochen. Offiziell wurden die 11.000 Mann in Maluku zusammengezogen, um für die Feierlichkeiten des 30. Juni zu trainieren.

6. Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2011

Die Durchführung der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sind für nächstes Jahr vorgesehen. Ob diese 2011 tatsächlich stattfinden werden, erscheint fraglich. Auch die Kommunalwahlen, die eigentlich schon 2009 stattfinden sollten, werden regelmäßig aufgrund „logistischer Probleme“ verschoben. Im Berichtszeitraum forderten nun die UN, die EU und die USA von der kongolesischen Regierung, endlich einen Zeitplan für die Durchführung der Wahlen zu erarbeiten und zu veröffentlichen. Dies wurde von der Regierung zurückgewiesen, da es sich hierbei um eine „souveräne Entscheidung“ der DR Kongo handele. Die EU hat bereits bekannt gegeben, die Wahlen 2011, anders noch als 2006, nicht mehr zu finanzieren. Die Durchführung der Wahlen 2006 hatte etwa 480 Mio. US\$ gekostet. Einzelne Staaten haben sich bereit erklärt, die Wahlen 2011 mit insgesamt 82 Mio. US\$ zu finanzieren. Die weiteren Kosten müssten vom kongolesischen Staat aufgebracht werden. Ob dieser dazu in der Lage sein wird, ist zweifelhaft.

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ

Autor: Götz Heinicke, Auslandsmitarbeiter DR Kongo, Francine Mbuyi Kabango, Praktikantin
Lazarettstr. 33 – 80636 München –

Tel.: +49 (0)89 1258-0 – Fax: +49 (0)89 1258-359

E-Mail: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – Homepage: WWW.HSS.DE

Erstellt am: 21.04.2010